

Sahnstener Tageblatt



Kreisblatt für den
Einziges amtliches Veröffentlichungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.

Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Er erscheint täglich
montags. — Anzeigenpreis
die einspaltige kleine Zeile
20 Pfg., auswärtsige An-
zeigen 25 Pfg.

Nr. 128.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schödel
(Joh. Fr. H. R. Oberlahnstein).

Freitag, den 20. Juni 1919.

Verantwortlich:
Schriftleiter Fr. H. R. Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Rücktritt des Kabinetts Scheidemann.

Annahmen?

Weimar, 19. Juni. Die Entscheidung über die Frage der Annahme oder Ablehnung der feindlichen Friedensbedingungen ist so gut wie gefallen. Zwar tagen im Augenblick noch die Fraktionen der Mehrheitsparteien, aber der Standpunkt, den die Fraktionen einnehmen, läßt sich bereits übersehen. Die Sozialdemokratie hat sich nunmehr in ihrer überwiegenden Mehrheit für die Annahme entschieden. Dasselbe gilt für die Zentrumsfraktion. Von den Demokraten wird eine Mehrheit für die Ablehnung stimmen. Die Minderheit, die die Annahme der Friedensbedingungen vertritt, besteht aus der süddeutschen Gruppe um Herrn v. Bager, von der freilich der Abg. Haugmann ausscheidet, und aus der Gruppe um Herrn v. Rüdiger und der der jüngeren Demokraten, die sich um den Abgeordneten Nuschke gebildet hat. Die Demokraten werden natürlich gezwungen werden, wenn die beiden anderen Parteien des Koalitionsministeriums für die Annahme stimmen, daraus die demokratischen Folgerungen zu ziehen. Es ist jedoch anzunehmen, daß sie sich bei einer Neubildung des Kabinetts mit den beiden anderen Parteien wieder zusammenfinden, zumal verschiedene ihrer Mitglieder den persönlichen Ehrgeiz nach den kaiserschen Sesseln haben. Im Kabinett ist die Hälfte der Minister unbedingt für Annahme. Sie besteht aus den Ministern Erzberger, Bell, David, Wissell, Schmidt, Bauer und Roske; fest für die Ablehnung werden Graf Brodorski-Ranzau, Scheidemann, Landsberg, Giesberts, Dernburg und wahrscheinlich auch Gothein bleiben. Bei dieser Gruppierung im Parlament und im Kabinett erscheint die Annahme des Friedensvertrages sicher. — Wenn das Kabinett die Annahme beschließt, werden die Minister Graf Ranzau, Landsberg, Giesberts, Dernburg und vermutlich auch Scheidemann und Gothein zurücktreten. Dadurch würde eine vollständige Neubildung des Kabinetts erforderlich werden. Wie sich das neue Kabinett zusammensetzt, steht natürlich noch nicht fest, doch wird bereits eine Reihe von Namen genannt, z. B. Erzberger, Roske, Graf Bernstorff, v. Rüdiger, Hermann Müller und David. Die Entscheidung des Kabinetts wird vermutlich heute abend, wenn die Sitzungen der Fraktionen beendet sind, fallen. Morgen früh wird der Friedensausschuß der Nationalversammlung beraten, ohne etwas an der durch die Stellungnahme der Fraktionen und des Kabinetts geschaffenen Lage ändern zu können, wie auch die Nationalversammlung lediglich der Entscheidung des Siegel aufdrückt. Die Nationalversammlung wird sich mit den Friedensbedingungen voraussichtlich erst am Samstag oder Sonntag beschäftigen.

Das Urteil der Reichsregierung.

Weimar, 19. Juni. Das Kabinett hat sich gestern in Gemeinschaft mit den Mitgliedern der Friedensabordnung in vielstündiger Generaldebatte mit den Gegenwärtigen des Verbandes beschäftigt. Das Urteil der Reichsregierung hat sich seit der Ueberreichung der Mantelnote durch das inzwischen eingetroffene Memorandum nicht geändert. Sie steht nach wie vor auf dem Standpunkt: Unannehmbar und untragbar! Die endgültige Stellungnahme wird heute nach Besprechung der einzelnen Reichsminister mit ihren Fraktionen und den einzelstaatlichen Ministern erfolgen.

Bedingte Annahme des Vertrags?

Düsseldorf, 19. Juni. Der Weimarer Berichterstatter des Düsseldorfer Tageblatts (Jochum) meldet seinem Blatt unterm 18. d. M.: Wie ich soeben von einem führenden Mitglied der Friedensdelegation höre, ist der Standpunkt der Delegation anlässlich der neuen Lage der folgende: Was die ideellen Punkte des Vertrags angeht, also die Ausbaurung der alleinigen Schuld auf Deutschland, die Auslieferung des Kaisers, Hindenburgs u. anderer Persönlichkeiten, die Gefangenensfrage usw., kann sich Deutschland unmöglich den Forderungen der Gegner unterwerfen. Der vorläufige Standpunkt der Delegation wird schließlich dahin fixiert, daß eine Annahme des Friedensvertrages auch in der jetzigen Fassung nicht abgelehnt werden kann. Es wird lediglich erzwungen, einen Ausweg dahin zu suchen, den Feinden die Annahme des Vertrages anzubieten, wenn sie die oben erwähnten Ehrenpunkte fallen lassen wollen.

Eine Kompromißformel.

Weimar, 19. Juni. Heute vormittag traten die Führer der Mehrheitsparteien zu einer Konferenz zusammen, um eine Kompromißformel zu finden, die weder eine bloße Annahme noch eine glatte Ablehnung der feindlichen Friedensbedingungen bedeutet.

Fristverlängerung?

Weimar, 18. Juni. In den Kreisen der Reichsregierung gibt man sich der sicheren Hoffnung hin, daß es gelingen wird, falls die Notwendigkeit sich dafür ergeben sollte, die bis Montagabend laufende Frist für die Ueberreichung der deutschen Antwort zu verlängern. Die Antwort des Verbandes ist als eine modifizierte Kündigung des Waffenstillstandes aufzufassen, da dieser automatisch beendet ist, sobald die auf sieben Tage verlängerte Frist abläuft. Aus den bekanntgewordenen Einzelheiten kann geschlossen werden, daß es dem Verband mit der Absicht, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, durchaus ernst ist.

Für die Unterzeichnung.

Weimar, 18. Juni. Wie wir hören, beginnen einzelne Mitglieder des Kabinetts sich mit dem Gedanken der Unterzeichnung vertraut zu machen. Die Minister Erzberger, Bell, Roske und David sind für die Annahme. In den Fraktionen der Mehrheit ist die Ansicht geteilt. Wie weit das Verhältnis zwischen den Abgeordneten, die ablehnen oder annehmen wollen, geht, läßt sich zurzeit nicht übersehen, da den Abgeordneten der Wortlaut der Note des Verbandes noch nicht bekannt ist und ihnen erst heute abend um 9 Uhr zugehen wird. Man rechnet übrigens damit, daß die schwere Entscheidung, die dem Kabinett und der Nationalversammlung obliegt, in der gestellten Frist bis Montag nicht getroffen werden kann. Man glaubt, daß der Verband eine Fristverlängerung zubilligen wird. Nach den bisherigen Dispositionen kann man damit rechnen, daß die Nationalversammlung am Freitagnachmittag zusammentritt. Die Hauptentscheidung der Nationalversammlung wird voraussichtlich erst am Dienstag fallen. Am Montag soll in einer einzigen Sitzung die Verfassung angenommen werden.

Berlin, 18. Juni. Der überwiegende Teil der heutigen Morgenblätter nimmt der Antwort der Entente gegenüber den Standpunkt ein, den das Berl. Tagebl. kennzeichnet, daß, wer unannehmbar gefast habe, es heute nur mit der gleichen Festigkeit sagen könne:

„Wenn die Regierung und die Nationalversammlung ihr Unannehmbar wiederholten, müßten sie zugleich dem Volke zeigen, daß nicht die Masse der Beschäftigten leiden sollte unter dem, was die nächsten Wochen bringen könnten.“

Uneinigkeit im Kabinett.

Weimar, 19. Juni. Das Kabinett hat sich gestern mit dem vorliegenden endgültigen Friedensentwurf der Verbandsmächte beschäftigt, und es ist zu lebhaften Auseinandersetzungen darüber gekommen. Es ist unnötig das Geheimnis darüber zu wahren, daß eine große Uneinigkeit im Kabinett besteht. Die Itio in partes der Meinungen tritt in der Frage ein, die mehr oder weniger eine Frage der Taktik ist, ob der Vertrag unterzeichnet oder nicht unterzeichnet werden soll. Die Folgen, die von einer Nichtunterzeichnung abhängen, werden außerordentlich verschieden beurteilt. Es sind nicht so sehr die Maßregeln, die der Verband treffen wird, die befürchtet werden, sondern es ist die Stimmung der Bevölkerung, die man nicht genau erfassen kann. Das Kabinett hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Fraktionen eher in der Lage sein würden, aus dem Kontakt mit der Bevölkerung heraus das entscheidende Urteil zu sprechen, und so hängt in diesem Augenblick alles von dem Spruch ab, den die Fraktionen heute sprechen werden. Alle Fraktionen halten heute Sitzungen ab. Bei den Parteien der Mehrheit ist die Stimmung derart geteilt, daß selbst die Fraktionsführer im Augenblick noch nicht mit Sicherheit sagen können, nach welcher Seite hin die Entscheidung fallen wird. Man ist sich in diesen Kreisen darüber klar, daß mit der Entscheidung auch die Frage des Fortbestandes der Koalitionsregierung verbunden ist, wie überhaupt die Frage einer Regierungskrise in diesen Stunden die maßgebenden Instanzen stark beschäftigt. Die nächsten Stunden werden die Entscheidung bringen. Man glaubt, daß schon in dieser Nacht oder morgen früh die endgültige Entscheidung fällt, die morgen lediglich der Bestätigung durch die Nationalversammlung unterliegt. Der Friedensausschuß wird heute abend tagen und wahrscheinlich für die Entscheidung des Kabinetts die bestimmenden Grundlagen geben. Der ungeheure Ernst der Verantwortung, der auf allen an der Entscheidung beteiligten Faktoren lastet, läßt es begründet erscheinen, auf die zahlreichen Kombinationen, die zur Stunde verbreitet werden, nicht einzugehen.

Am 1. Juli beginnt ein neues Quartal.
Unsere Abonnenten werden gebeten, rechtzeitig zu bestellen.
„Sahnstener Tageblatt“

Weimar, 20. Juni. Nach längeren Verhandlungen mit den Führern der Mehrheitsparteien ist das Kabinett Scheidemann zurückgetreten. Es wird die Geschäfte weiterführen, bis der Reichspräsident Ebert die Bildung eines neuen Kabinetts veranlaßt hat.

Unterzeichnet Erzberger?

Amsterdam, 18. Juni. Das „Allgemeen Handelsblad“ meldet aus Paris, man habe den Eindruck, daß die Meinung innerhalb der deutschen Abordnung in Versailles darüber, ob man unterzeichne oder nicht, geteilt sei. Graf Brodorski scheint zu zögern, Scheidemann fürchte, sich zu weit vorgewagt zu haben, um jetzt der Unterzeichnung zustimmen zu können. Andernfalls halte man es nicht für unmöglich, daß im Falle der Verweigerung der Unterzeichnung Erzberger versuchen werde, direkte Verhandlungen mit England anzuknüpfen. Es wird ihm nachgesagt, daß er auf diese Weise bessere Bedingungen für Deutschland zu erhalten und anstelle Brodorskis selbst nach Versailles zu kommen hoffe.

Die Stimmung der niederrheinischen Bevölkerung.

Düsseldorf, 18. Juni. Mit der kurzen Frist für die Erklärung der Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung der Friedensbedingungen ist in die Bevölkerung der neutralen Zone, besonders am Niederrhein, große Beunruhigung eingebracht. Vom Stab des Militärbefehlshabers der in Düsseldorf liegenden Regierungstruppen erhält die Presse folgende Zuschrift:

In diesen kritischen Tagen sind auch diejenigen Einwohner unserer Stadt beunruhigt, die sich im waffenfähigen Alter befinden, weil sie befürchten, bei einer etwaigen Besetzung des rechtsrheinischen Gebietes interniert oder in Arbeitskompanien zusammengestellt zu werden. Allen diesen sei mitgeteilt, daß zunächst von einer Besetzung mit aller Bestimmtheit keine Rede sein kann. Sollte dieser Fall aber eintreten, so hat unser Gegner alles Interesse daran, die privaten, volkswirtschaftlichen und öffentlichen Betriebe aller Art aufrechtzuerhalten, also auch die Angestellten und Arbeiter in ihrer Stellung zu belassen. Nur diejenigen hätten Grund, ihren Aufenthalt zu verändern, die irgendwelche Konflikte mit dem Verband wegen ihrer früheren Tätigkeit in den feindlichen Ländern zu befürchten haben. Genauer läßt sich aber heute noch nicht sagen, weil keine Anhaltspunkte vorliegen, wie sich der Verband im Falle einer Besetzung rechtsrheinischen Gebietes verhalten wird.

Die Möglichkeit der Nichtunterzeichnung.

Münster i. W., 18. Jun. Der Oberpräsident von Westfalen ersuchte die örtlichen Behörden dringend, im Falle die Feinde weiter ins Land einrückten, auf ihren Posten zu bleiben und nach wie vor ihre volle Pflicht zu tun.

Nur keine Zugeständnisse.

Weimar, 18. Juni. Das Friedensdokument des Verbandes liegt jetzt vollständig vor. Es besteht aus der Mantelnote, einer ausführlichen Denkschrift und einem einzigen Exemplar der früheren Friedensbedingungen, in dem die Zugeständnisse, die neuerdings gemacht sind, in rot eingetragen sind. Dieses eine Exemplar ist maßgebend, um zu erkennen, was uns neuerdings zugestanden ist. Und nach Prüfung dieses Exemplars muß man zu dem Urteil kommen, daß die Konzessionen gering sind. Die Denkschrift folgt im wesentlichen der Reihenfolge der deutschen Gegenwortsätze und beginnt deshalb mit dem Völkerbund. An dem Völkerbund wird nichts geändert. Es werden lediglich unverbindliche Bemerkungen gemacht, daß nicht die Absicht bestehe, Deutschland auf die Dauer auszuschließen, daß man aber auf einer Probezeit bestehen müsse, in der Deutschland seine Vertragstreue zu bewähren habe. In den territorialen Fragen wird im wesentlichen nichts geändert. Das gilt für die Gebiete, die an Belgien abgetreten werden sollen, für Luxemburg, das Saargebiet, Elsaß-Lothringen und Deutschösterreich. — In den kolonialen Fragen hat der Verband nicht nachgegeben. Ferner bleiben die Grundlagen unserer Schadenersatzpflicht unverändert. Die deutschen Gegenwortsätze in dieser Richtung sind nicht angenommen worden. Wichtiger sind die Erklärungen über die Befugnisse der Commission des reparations. Es wird festgestellt, daß sich diese Kommission nicht in die deutschen Finanzverhältnisse einzumischen soll, also eine unmittelbare

Kompetenz wird nicht beabsichtigt. Die Kommission hat freilich das Recht, unser Budget zu prüfen und, wenn nach ihrer Ansicht die Reicheinnahmen zu den Ausgaben nicht passen, es zu ändern. Die Anrechnung unserer Lieferungen auf Grund des Waffenstillstands ist nicht erweitert worden. Das ganze Heeresgerät, Flottenmaterial und unsere Handelsflotte wird nicht angerechnet, angerechnet wird vielmehr nur, was auf Grund der Verlängerung des Waffenstillstands vom 16. Januar geliefert worden ist, unter anderem die landwirtschaftlichen Maschinen. In den Handelsbestimmungen ist nichts geändert worden, insbesondere ist uns auch nicht die Gleichberechtigung bei der Meistbegünstigung zugesprochen.

Neu ist ein besonderer Vertragsentwurf, der sich auf die Besetzung der rheinischen Gebiete bezieht. Im ursprünglichen Vertrag waren die Besetzungsdauern von 15, 10 und 5 Jahren festgesetzt. Daran ist nichts geändert worden. Vielmehr regelt der Entwurf lediglich das Regime, das in seinen Grundzügen darin besteht, daß eine aus vier Männern gebildete Zivilkommission als Vertreter der gegnerischen Mächte Deutschland gegenüber in allen Fragen gilt. Sie besteht aus Vertretern Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und den Vereinigten Staaten. Es wird gesagt, daß ihr eine gesetzgebende Gewalt nicht zustehe, außer in Fragen, die den Unterhalt, die Sicherheit und den Bedarf der Besetzungstruppen betreffen. Im übrigen liegt die Verwaltung bei den deutschen Zivilbehörden, die der deutschen Zentralregierung unterstehen. Das Verkehrswesen, insbesondere Post, Telegraphie und Eisenbahn, bleibt in deutscher Hand, jedoch muß das Personal dem Verband gehorchen, soweit die Bedürfnisse der Besetzungstruppen in Frage kommen. Die Besetzungstruppen sollen in Zukunft nicht mehr in Bürgerquartieren untergebracht werden, sondern in Kasernen; nur für die Offiziere sollen Bürgerquartiere beantragt werden.

Hinsichtlich der Verkehrsfragen, namentlich in bezug auf die deutschen Wasserstraßen, ist nichts Wesentliches geändert. In den militärischen Fragen wird unser Entgegenkommen anerkannt und werden uns gewisse Zugeständnisse gemacht. Wir dürfen drei Monate nach Friedensschluß ein Heer von 200 000 Mann halten. Dann wird eine alliierte Kommission zusammentreten und prüfen, welche Heeresstärke für die weiteren drei Monate notwendig ist. Diese Prüfung wird dreimonatlich wiederholt, doch muß spätestens am 31. März 1920 unser Heer auf 100 000 Mann herabgesetzt sein. Die Frist für die Herstellung der Festungen ist etwas erweitert worden. Dagegen behält sich der Verband vor, uns die innere Organisation und die Bewaffnung des Heeres im einzelnen genau vorzuschreiben. Ihrerseits erklären die Verbandsmächte, daß das der Anfang zu der allgemeinen Abrüstung sei. Sie legen sich selbst aber auf die Abrüstung in keiner Weise fest, auch nicht hinsichtlich der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Damit ist der Inhalt des Dokuments und der Vertragsänderungen kurz skizziert.

Zivilverwaltung im besetzten Rheinland.

Versailles, 18. Juni. Dutacla überreichte am Montagabend gleichzeitig mit der Antwort der Entente den deutschen Bevollmächtigten einen Vorschlag zu einem Übereinkommen über die Bedingungen der Besetzung des Rheinlandes, das zwischen den Vereinigten Staaten, Belgien, England, Frankreich und Deutschland getroffen werden soll. Danach wird eine Zivilverwaltung eingesetzt, die den Titel führen soll „haute commission interallee des territoires rhenans“ und außer bei gegenteiligen Bestimmungen im Vertrage die höchste Vertretung der alliierten und assoziierten Mächte darstellt. Diese Kommission wird aus vier Mitgliedern bestehen, nämlich aus je einem Vertreter Belgiens, Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten.

Diese haute commission wird befugt sein, Anordnungen in dem Maße zu erlassen, wie das nötig sein wird, um den Unterhalt, die Sicherheit und die Bedürfnisse der militärischen Kräfte der Entente zu sichern. Diese Anordnungen werden Gesetzeskraft haben, und ihre Anwendung wird als solche von den alliierten Militärbehörden wie von den deutschen Zivilbehörden anerkannt. Die deutschen Gerichte werden ihre zivile u. kriminelle Rechtsprechung weiter ausüben mit Ausnahme der nachstehend angeführten Ausnahmefälle: Die bewaffnete Macht der alliierten und assoziierten Regierungen und die in ihrem Dienst stehenden Personen, denen die Armeekommandanten einen beruflichen Posten zu stellen werden, sowie alle von diesen Truppen für ihren Dienst angestellten Personen werden ausschließlich dem Militärgefes und der Militärgerichtsbarkeit dieser Truppen unterliegen. Jede Person, die ein Verbrechen oder ein Vergehen gegen Personen oder Güter der bewaffneten Macht der alliierten und assoziierten Regierungen sich zuschulden kommen läßt, kann vor die Militärgerichtsbarkeit der genannten Truppen gezogen werden.

Die Zivilverwaltung der Provinz, der Stadt- und Landkreise und Gemeinden wird in den Händen der deutschen Behörden verbleiben, und die Zivilverwaltung dieser Zonen wird gemäß den deutschen Gesetzen und unter der Autorität der deutschen Zentralregierung weiter vor sich gehen.

Die haute commission wird befugt sein, gegebenenfalls, wenn sie es für nötig erachtet, den Belagerungszustand über das ganze Gebiet oder einen Teil desselben zu verhängen.

Durch diese Erklärung werden die Militärbehörden, die im deutschen Reichsgesetz vom 30. Juni 1892 vorgesehenen Befugnisse haben. In dringenden Fällen, so wenn die Ordnung gestört oder gefährdet ist, können die örtlichen Militärbehörden in den betreffenden Distrikten alle vorübergehend notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung treffen.

Englische Blätterstimmen.

Amsterdam, 18. Juni. Laut Telegraaf schreibt der Manchester Guardian zu der Antwort der Alliierten, obgleich der Friedensvertrag nicht ideal sei, sei er doch unendlich viel besser als ein Friede, den Deutschland der übrigen Welt auferlegt haben würde. — Die Daily News schreibt, die Beigerung Deutschlands, zu unterzeichnen, werde bedeuten, daß die deutsche Regierung zurücktritt und das Schicksal des Landes den Alliierten überläßt.

Französische Pressestimmen.

Das „Journal“ gibt zu, daß die Erörterungen nicht immer leicht zum Abschluß zu bringen wären, aber jetzt sei man stolz darauf, daß die Stimme Frankreichs durchgedrungen sei. — Das „Journal“, der „Matin“ und das „Echo de Paris“ finden, daß der Verrerrat schon zu viele Zugeständnisse machte. Der „Matin“ weist auf die Notwendigkeit hin, geschlossen hinter der Regierung zu stehen: „Von rein rechtlichem Standpunkt aus könnte Frankreich wünschen, daß Deutschland den Vertrag nicht unterzeichne, denn dann könnte Frankreich aus Essen das machen, was Deutschland aus Reims machte.“

Die Regie der Presse.

Versailles, 18. Juni. Die Taktik der französischen Morgenblätter scheint zu sein, die Zugeständnisse, die Deutschland gemacht worden sind, als so groß hinzustellen, daß Deutschland sich zufrieden geben und unterzeichnen müsse: Größere Zugeständnisse zu machen, sei den Alliierten unmöglich. Man dürfe Deutschland, welches einen Angriffskrieg führte, dies aber nicht zugebe, noch nicht als gleichberechtigten Staat anerkennen. Deutschland habe die gemäß der jetzigen Vertragsfassung feststehenden Bedingungen als Sühne auf sich zu nehmen und zu erfüllen.

Neutrale Stimmen.

Bern, 17. Juni. Das Berner Intelligenzblatt schreibt zu der Note Clemenceaus: Mit unübertrefflicher Offenheit entwickelt der französische Premierminister die Gründe, die die Friedenskonferenz veranlaßt haben, Deutschland beim Friedensschluß zu zerschmettern.

Ausbreitungen bei der Abfahrt aus Versailles.

Versailles, 18. Juni. Auf der Fahrt vom Hotel des Reservoirs zum Bahnhof Noisy le Roi, von wo der Sonderzug der deutschen Friedensdelegation nach Weimar abfuhr, wurden aus der Menge heraus nach einzelnen Autos Steine geworfen. Es wurden inselgeheßen mehr oder weniger leicht verletzt: das Mitglied der Delegation Dr. Melchior, Oberstleutnant von Rylander, Professor Dr. Meyer und Frau Dornblüth, die an der Seite des Reichspostministers saß. Die Kundgebungen der Menge dauerten den ganzen Abend fort und verstärkten sich zum stärksten Zischen, Rufen und Schreien, als sich die Mitglieder der Delegation auf der Straße zwischen dem Hotel des Reservoirs und den Hotels Suisse und Vatel zeigten.

Versailles, 18. Juni. Bei der deutschen Delegation ist eine Note Clemenceaus eingetroffen, in der das Bedauern über die gestrigen Pöbelausbreitungen ausgesprochen wird. Der Präfekt des Seinedepartements Chaileil ist beauftragt, beim Gesandten Daniel das Bedauern auszusprechen. Der Präfekt des Departements und der Polizeikommissar Quabille, der nicht genügende Vorkehrungen getroffen hatte, werden beide von ihrem Posten abberufen.

Uebersall der Reichsregierung.

Weimar, 18. Juni. In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr brachen aus dem hiesigen Militärgefängnis etwa 100 Militärgefangene aus. Von diesen versuchte ein Trupp von etwa 50 Mann in das Schloß in dem die Reichsregierung wohnt, einzudringen. Nach einer kurzen Schießerei wurde die Wache überwältigt. Ein Posten besaß die Geistesgegenwart, rechtzeitig die schwere Schloßtür zu schließen, so daß die Soldaten aufgehalten wurden, bis herbeigerufene Truppen kamen. Ein Teil der Eindringlinge wurde festgenommen.

Der Marsch gegen Petersburg.

Amsterdam, 18. Juni. Die „Times“ melden aus Helsingfors, daß die Uebergabe des dicht bei Kronstadt gelegenen Forts Krasnoja Gora das nördliche Korps in den Stand gesetzt hat, nach Peterhof vorzurücken. Der Aufmarsch entwickelte sich in breiter Front günstig. Ein drahtloses Telegramm aus Moskau berichtet, daß alle vom bolschewistischen Standpunkt aus unzuverlässigen Elemente aus Petersburg weggeführt wurden und in aller Eile die Verteidigung der Stadt vorbereitet wird.

Japanisch-chinesischer Konflikt.

Amsterdam, 18. Juni. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge melden die „Times“ aus Schanghai, daß in China infolge des Abtritts des Verkehrsministers, des chinesischen Gesandten in Tokio und des Generaldirektors des Münzwesens sich die Lage gebessert hat, Andererseits bestehen keine Anzeichen, daß der gegen Japan gerichtete Boykott zu Ende geht.

Verschiedene politische Nachrichten.

Weimar, 18. Juni. Wie die Nationalliberale Korrespondenz mitteilt, hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei einstimmig beschlossen, den Friedensvertrag auch in seiner heutigen Gestalt in voller Übereinstimmung mit der bisher in der Friedensfrage eingenommenen Haltung abzulehnen.

Berlin, 19. Juni. Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa haben Weisung erhalten, dort zu bleiben, bis die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages gefallen ist.

Weimar, 18. Juni. General Gröner ist in Weimar eingetroffen, um der Reichsregierung als Ratgeber in militärischen Dingen zur Seite zu stehen.

Weimar, 19. Juni. Das Kabinett hat heute zum Reichskommissar für die besetzten Rheinlande den Regierungspräsidenten v. Stard ernannt und ihm einen Beirat von sieben Parlamentariern beigegeben. In diesem Beirat sitzen der frühere hessische Finanzminister Beder von der Deutschen Volkspartei, Koch, Düsseldorf, deutschnational, die Sozialdemokraten Sollmann und Proffit, vom Zentrum Klaas, Trier und Schmidt, Mainz, und der Demokrat Foll, Köln.

Weimar, 18. Juni. Die Mehrheitssozialisten brachten bei der Nationalversammlung folgende Interpellation ein: Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der schreienden Not der Zivil- und Militärrentenempfänger schnellstens abzuhelfen?

Weimar, 19. Juni. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung erledigte gestern die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs und bestimmte u. a., daß einweilen die Nationalversammlung die Stelle des Reichstags vertreten soll, und daß der vorläufige Reichspräsident bis auf weiteres alle Funktionen des Reichspräsidenten ausüben soll.

Berlin, 19. Juni. Wie der Reichsanzeiger heute bestätigt, ist dem Direktor im Reichsarbeitsministerium Dr. Bernh. Wärmeling das Oberpräsidium der Provinz Westfalen vom 1. Juli an übertragen worden.

Münster, 17. Juni. Gegen mittag rotteten sich mehrere Personen zusammen, um im Warenhaus Krutzen zu plündern. Durch scharfe Schüsse des Militärs wurden mehrere Personen verletzt, von denen eine im Krankenhaus starb. Nachmittags wurde über Münster der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Erfurt, 19. Juni. Das Eisenbahndirektionsgebäude in Erfurt wurde durch Truppen besetzt, weil Beamte und Arbeiter der Eisenbahndirektion Erfurt eine willkürliche Demokratisierung durchführten sowie den Eisenbahnpräsidenten und verschiedene Dezerenten absetzten. Im Laufe des Nachmittags kam es zu großen Ansammlungen auf dem Bahnhofplatz und in der Bahnhofstraße. Die Menge nahm eine feindliche Haltung gegen die Truppen an. Heute abend wurde der Belagerungszustand verhängt.

Dresden, 18. Juni. Die Volkskammer bewilligte 136 Millionen Mark an Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen für die Eisenbahner.

Frankfurt, 18. Juni. Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht folgendes Privattelegramm aus New York: Der Vorschlag, die Kalieinfuhr mit einem besonders hohen Zollsatz zu belegen, stößt auf vielfachen Widerstand. Selbst die hiesige Tribune, die älteste Vorkämpferin des Protectionismus, erklärt sich nicht damit einverstanden aus Rücksicht auf die Bedürfnisse der amerikanischen Landwirtschaft.

Rotterdam, 18. Juni. Die Lebensmittelzufuhr von Holland nach Deutschland ist zum größten Teil eingestellt worden. Anfangs glaubte man, vor einer Maßnahme des Verbandes zu stehen. Die Nieuwe Rotterd. Cour. will aber von zuständiger Stelle erfahren haben, daß dies nicht der Fall sei, man habe vielmehr den Eindruck, daß der Befehl zur Einstellung von Berlin gekommen sei und in Verbindung mit Fragen finanzieller Natur stehe. In hiesigen Handelskreisen beschwerte man sich seit längerer Zeit bitter darüber, daß die deutsche Regierung der Lebensmittelzufuhr alle möglichen Hindernisse bereite. Die Ratutafage könne da keinen Ausschlag geben, denn es seien Fälle bekannt, in denen man Lebensmittel nach Deutschland auf einen zwölfmonatigen Kredit gewähren wollte und außerdem noch zahlbar in Deutschland.

Paris, 18. Juni. Im Petit Parisien schildert ein Berichterstatter die Wiederherstellungsarbeiten in dem durch den Krieg zerstörten Gebiet Frankreichs. Er macht dabei folgende Zahlenangaben: 1 200 000 Hektar werden von Granaten und Stachelndraht gesäubert; die Laufgräben werden ausgefüllt. 325 000 Menschen arbeiten an dem Riesenwerk. Es werden 125 000 Zugtiere und etwa 3000 bis 4000 Lastkraftwagen gebraucht.

El Paso, 18. Juni. Die Amerikaner hatten heute morgen bei Juarez ein siegreiches Gefecht mit den Aufständischen und machten viele Gefangene. — Die Truppen des Generals Villa haben bis östlich Juarez die Flucht ergriffen und werden von den Amerikanern verfolgt.

El Paso, 18. Juni. Die amerikanische Kavallerie gab die Verfolgung Villas auf und kehrte am Nachmittage wieder auf amerikanisches Gebiet zurück.

Amsterdam, 18. Juni. Nach einem hiesigen Blatte meldet die Times aus New York, daß die amerikanischen Truppen Juarez besetzt haben. Bei dem Schießen der Truppen, das zum Einschreiten Anlaß gab, wurden sechs Amerikaner getötet.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 20. Juni.

! : Notiz. Wegen Stoffandranges stellen wir heute das Feuilleton zurück. Hierfür werden wir später unsere Leserinnen entschädigen.

* Vom Feiertag. Begünstigt von schönem, nicht aufzuheßen Juniwetter konnte in diesem Jahre die Fronleichnamprozession im Gegensatz zum Vorjahre, als die Feier wegen der Fliegergefahr am Rhein unterbleiben mußte, in der hergebrachten feierlichen Weise wieder vor sich gehen. Die an den Häusern errichteten und die vier Hauptaltäre wetteiferten wie alljährig an Schönheit untereinander. Alle Straßen durch die die Prozession ihren Weg nahm, prangten im schönsten Blumen- und Fahnen-schmuck. — Den Nachmittag des Feiertages benutzten die meisten trotz der übermäßigen Hitze zu kleineren oder größeren Ausflügen in die Umgebung. Am so angenehmer war es dafür, nachdem die Sonne hinter den Bergen verschwunden in der schönen von leisen Winden durchwehten Abendluft.

Ein Stadtverordnetenversammlung
 findet heute nachmittag 5 Uhr im hiesigen Rathhauseaal statt, in welcher der kommiss. Bürgermeister eingeführt wird.
 : Der heißersehnte Regen ist auch gestern nicht gekommen. Wohl hat es in der Nacht auf Fronleichnam etwas geregnet, aber nur in ganz unzureichendem Maße. Das lachende Blau mußte gegen Abend grauen Regenwolken Platz machen, die den von allen erhofften Regen tatsächlich zu bringen schienen. Wie viele Augenpaare haben gierig nach diesem Vorboten des Wachstums spendenden Regens ausgeblickt. Umso größer dann die Enttäuschung, als der erbarmungslose Windgott die Wolken verjagte, und die Erde schier austrocknende Sonne wieder am Himmel erschien, zum Leidwesen der Landwirte, denen nach und nach die Hoffnung auf ein einigermaßen gutes Jahr zu schwinden beginnt. Die Frühernte gilt bei vielen schon für vernichtet.

Tagung der „Wirtschaftlichen Vereinigungen Kriegsbeschädigter“ des besetzten rheinischen Gebietes. Am Sonntag, 22. Juni, vorm. 10 Uhr, findet in Coblenz, Hotel „Reichshof“ (Vöhrstraße), ein Vertretertag derjenigen Kriegsbeschädigten-Vereinigungen des besetzten rheinischen Gebietes, welche bisher noch keinem größeren Zentral-Verband (Wehrkreis oder Reichsverband) angeschlossen sind, statt. Auf dieser Tagung soll der Zusammenschluß aller Kriegsbeschädigten im besetzten Gebiete beschlossen werden, und gleichzeitig der Anschluß an einen größeren Verband, der sich über das ganze Reich erstreckt, und wirklich politisch neutral ist, herbeigeführt werden. Diejenigen Ortsgruppen, bezw. Kreisverbände, die keine besonderen Einladungen erhalten haben, werden dringend gebeten, ihre beglaubigten Vertreter zur Tagung zu entsenden.

Die Kirschenernte ist tüchtig im Gange. Die Preise, die sich noch vor einigen Tagen zwischen 2,50 und 3,00 M für das Pfund bewegten, sind plötzlich ganz erheblich gesunken. Am Mittwoch wurden Kirschen für 1 M angeboten.

Die Glühwürmchen sind da und treiben bei beginnender Dunkelheit ihr flimmerndes Spiel. Sie erinnern daran, daß der Johannistag, von dem sie auch ihren Namen Johannisläuter führen, nicht mehr weit ist.

Niederlahnstein, den 20. Juni.

Prozession. Unter recht zahlreicher Beteiligung bewegte sich gestern die Fronleichnamprozession durch die schmückendsten Straßen unserer Stadt.

Sport. Die 2. Mannschaft des hiesigen Sportvereins 1911 spielte am vergangenen Sonntag gegen die 1. Mannschaft des Fußballklubs „Germania“ Metternich auf dem Sportplatz in Metternich. Trotz dem der Sportverein nur mit 9 Spielern antrat, konnte er doch den Sieg mit 8:3 an sich reißen. (Halbzeit 3:1). — Gestern trug die erste Mannschaft ein Propaganda-Spiel zu Gunsten der Kriegsbeschädigten gegen die vereinigten erste Mannschaft Krebbera-Jümmendorf aus. Durch Verkauf von Blumen an die Zuschauer wurde ein ansehnlicher Geldbetrag eingenommen. Nach hartem interessantem Kampfe endete das Spiel mit 8:1 zu Gunsten des Sportvereins. (Halbzeit 1:0).

Braubach, den 20. Juni.

Erhöhung der deutschen Silberpreise. Da die Metallbörsen erfahren, sollen die deutschen amtlichen Silberpreise auf die Londoner Wertgleichung gebracht werden.

Frühdruck 1919. Auch in diesem Jahre sind wir unter allen Umständen auf das aus dem Frühdrucke gewonnene Getreide angewiesen, um die Brotversorgung der Bevölkerung in der Uebergangszeit zum neuen Wirtschaftsjahr sicherzustellen. Das Ministerium für Landwirtschaft hat eingehende Anordnungen über die technische Durchführung des Frühdruckes, deren Leitung wieder der Landwirtschaftsbehörde übertragen ist. Die Anordnungen betreffen in den gleichen Bahnen wie im Vorjahre und nahmen besonders Rücksicht auf den bestehenden Rohstoffmangel u. die Beförderungsschwierigkeiten. Als Beizstoff sind anstelle der großen Kohlenknappheit noch mehr als im Vorjahre Holz und Torf zu verwenden. Die Druschkohlen sind in dem den einzelnen Kommunalverbänden vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung bereits zugeteilt. Jenseitig enthalten, die Druschkohle ist also grundsätzlich dem Kommunalverband ohnehin zur Verfügung gestellt. Die Gesamtkohlenmenge zu entnehmen. Nun hat sich der Reichskommissar bereit erklärt, gewisse Kohlenmengen zur Förderung des Frühdruckes beschleunigt zu liefern.

Aus Nah und Fern.

Rehe. Ein Wanderer, der vor einigen Tagen im Lahnsteiner Forst bei Becheln mit Freizeitsuchen beschäftigt war, wurde plötzlich von einem Wildschwein (?) angegriffen und verfolgt. Er flüchtete auf einen Baum. Auf dem Baume saßen zwei in der Nähe befindliche Männer, die mit Knüppeln auf das wütende Tier einhieben, bis es im dichten Niederholz verschwand. Nach Auslöschung der beiden Männer soll das Wildschwein, das Mörder hinterließ, angeschossen gewesen sein.

Ertrunken. Im Rhein hier am 17. Juni. Ertrunken. Im Rhein hier am 17. Juni. Im Jahre alte Matrose Franz Alfons Hess aus Lahnstein auf dem Bord seines Schiffes ausgeglitten, von dem Rhein gestürzt und ertrunken. Der junge Mensch lag auf dem Schiffe „Mannheim 47“ dessen Schiffsführer sein Vater ist, beschäftigt. Eine Belohnung von 50 M wurde auf die Landung der Leiche ausgesetzt.

Diebstahl. Kürzlich wurden im Lagerhaus einer hiesigen Firma getragene Anzüge, die der Bekleidungs-Verein für seine Pfleglinge von

einer Mitkleiderstelle erworben hatte, gestohlen. Ein Wohltäter des Vereins hat für die Verbeischnung der Anzüge und für Befragung von Anhaltspunkten, die zur Ermittlung der Täter führen können, eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Frankfurt, 17. Juni. Auf der Durchfahrt nach der Schweiz wurde im Hauptbahnhof ein Sonderzug mit etwa 1000 Berliner Ferientouristen angehalten und von der hiesigen Kriminalpolizei einer gründlichen Durchsuchung unterzogen. Nach Mitteilungen der Berliner Polizei sollte der Zug 10 Millionen Mark bergen, die nach der Schweiz geschmuggelt werden sollten. Die Untersuchung des Zuges und seiner Insassen war ohne Ergebnis.

Kassel, 18. Juni. Der ehemalige Staatthalter von Elsaß-Lothringen, Staatssekretär a. D. Dr. Schwander, ist zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau ernannt worden. Rudolf Schwander wurde 1860 in Kolmar i. E. in kleinen Verhältnissen geboren, er besuchte die Volksschule, trat im Alter von 15 Jahren als Schreiber bei dem Bürgermeisteramt in Kolmar ein, bildete sich wissenschaftlich selbst weiter fort, studierte an der Universität Straßburg, trat dann wieder in die Kolmarer Gemeindeverwaltung ein, wurde 1896 Generalsekretär des Armenwesens in Straßburg, ein paar Jahre später Beigeordneter und 1906 Bürgermeister von Straßburg. Unermüdliche gewissenhafte Tätigkeit am sein Amt und Verständnis für volkswirtschaftliche Aufgaben kennzeichnen seine dortige Tätigkeit. Am 15. Juni 1917 wurde er als Staatssekretär in das neue Reichswirtschaftsamt berufen, doch hat er diesen Posten nicht lange verwaltet und übernahm bald wieder seinen Bürgermeisterposten in Straßburg, bis er, als die Katastrophe hereinbrach, in letzter Minute zum Statthalter von Elsaß-Lothringen ernannt wurde. Er ist politisch fortschrittlich gesinnt und Mitglied der Demokratischen Partei.

Friedberg, 17. Juni. Zur Bekämpfung der Tanzkeuze ordnete das Kreisamt an, daß in Zukunft in jedem Kreisteile nur einmal im Laufe von vier Wochen ein Tanzvergügen abgehalten werden darf.

Dossenheim (Bergstr.), 16. Juni. Ein schweres Hagelwetter richtete in der Gemarkung bedeutenden Schaden an. Die Obsterte darf als vernichtet angesehen werden.

Schwanheim, 18. Juni. Mit 11 Frauenzimmern, die sich in schamloser Weise im Schwanheimer Balde ergingen, hat der empörte Volkswille gründlich Abrechnung gehalten. Die Weiber wurden von Burschen und Männern ergriffen und zunächst gehörig verhauen. Dann schnitt man allen das Kopfsaar bis zu den Haarwurzeln ab und lieferte sie der Schwanheimer Polizei aus.

Von der Hohlönigsburg. Bei der Einweihung der Belagerungsdenktafel am Straßburger Tor in Schleifstadt teilte der Kreisverwalter Bastie mit, auf der Hohlönigsburg werde ein Museum eingerichtet, das den Heldenkampf des Elsaß gegen seine Unterdrücker demonstrieren soll.

Coblenz, 19. Juni. Im Anschluß an die Meldungen über die Vorbereitung und das Ergebnis der Wahl des Ersten Bürgermeisters von Coblenz teilt der Regierungsrat Quack in Köln der R. Z. mit, er habe am 6. Juni seine Bewerbung zurückgezogen mit der Begründung, daß die Wahl eines protestantischen Nichtheinländers bei einer erheblichen Minderheit der Stadtverordneten auf entscheidenden Widerstand stoße, die augenblickliche Lage der Dinge in unserm so schwer bedrängten Rheinland aber unbedingte Einigkeit erfordere.

Bernkastel, 18. Juni. In der Nacht zum 6. Juni wurde in Rhauen (Kreis Bernkastel) der Apotheker Hartmann von zwei Personen ermordet und beraubt. Die Schwester desselben wurde von den Tätern schwer verletzt. Einer der Täter, der Maurer August Winnich, war bei Fingerbrüch verhaftet worden. Nun gelang es der Kölner Kriminalpolizei, den zweiten Raubmörder, den Schachtmeister Christian Vogt, in seiner Wohnung in der Philippstraße in Köln-Ehrenfeld zu verhaften. Geraubte Schmuckgegenstände wurden bei ihm vorgefunden. Die Verhafteten gestanden ihr Verbrechen.

Köln, 19. Juni. Wie mitgeteilt wird, konnte die Fronleichnamprozession durch die Straßen Kölns nicht stattfinden; sie wurde nur innerhalb des Domes abgehalten.

Münster (Westf.), 17. Juni. Nach einer Volksversammlung auf dem Ludgeriplatz gegen den Schleichhandel plünderte um 11 Uhr vormittags die aufgeregte Volksmenge das Kaufhaus Kluge, dessen Inhaber als Leiter der städtischen Nahrungsmittelversorgung sich unbekümmert gemacht hat.

Detmold, 17. Juni. In vielen lippischen Städten macht sich eine „Reform des Sonntagsvergnügens“ bemerkbar. Die jungen Kavaliere haben nämlich folgenden Aufruf erlassen: „Lippische Männer! Die Revolution hat uns gleiche Rechte für Männer und Frauen gebracht. Infolgedessen fordern wir die Jugend auf, die Damen in Zukunft nicht mehr freizuhalten. Warum sollen wir männlichen Arbeiter, die wir das Geld mit unseren zehn Fingern verdienen müssen, an einem Sonntag drei bis vier Mark verlangen, eine Flasche Wein spendieren, um uns den Damen als Kavaliere zu zeigen, außerdem im Kaffee noch Schlaghahne und Kuchen bezahlen? Wenn die werten Damen gewillt sind, sich Sonntags mit uns zu amüsieren, dann sollen die Kosten zu gleichen Teilen getragen werden. Wie kommen wir zu diesem Vorrecht, da wir doch unser Geld im Schweige unseres Angeichts verdienen müssen? Daher Sonntagsparole für die Damen: „Die Geldbörsen lockern, andernfalls Zuhausebleiben dringend empfohlen wird. Wir Männer wollen um unser selbst willen geliebt werden!“

Berlin, 18. Juni. Wir haben bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß die von der Reichsbank aus-

gegebene Note zu fünfzig Mark mit dem Datum 20. Oktober 1918 demnächst aus dem Verkehr gezogen werden soll, und es deshalb vorteilhaft ist, sie möglichst bald bei der Dienststelle der Reichsbank, einer öffentlichen Kasse oder einem Geldinstitut zum Umtausch vorzulegen. Wie uns jetzt von zuständiger Stelle bekanntgegeben wird, steht der amtliche Aufruf dieser Note, der eine Einlösungssfrist von nur wenigen Wochen vorsieht, unmittelbar bevor.

Berlin, 17. Juni. Die Kriegsanleihe wurde bisher zum Nennwerte angenommen beim Verkauf von Seeresgütern und Material im Besitz von Kriegesgesellschaften, ersteres, weil bei der Ausgabe der achten und neunten Kriegsanleihe ein solches versprochen worden war. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hebt das Reichsfinanzministerium nun diese Vergünstigung auf; doch sollen die wirklichen Zeichner von Anleihen auch weiter das Recht haben, die Güter mit Kriegsanleihen nach dem Nennwerte zu bezahlen.

Wien, 19. Juni. In Jena streifen die Bahnarbeiter und ein Teil der Bahnbeamten. Der Bahnverkehr ist teilweise eingestellt. Nach dem Beispiel der radikalen Ausschüsse in Erfurt wurden auch hier einige höhere Bahnbeamte gewalttätig ihres Amtes enthoben und durch Arbeiter ersetzt.

Bei der Beerdigung der Rosa Luxemburg

hat man in einer Grabrede den Tod dieser Sozialistin mit dem Tode des Volands (!) verglichen. So berichtet wenigstens die Freiheit, wenn sie auch nicht sagt, wer die Rede gehalten hat. Wörtlich heißt es hier: „Nichts gleicht in der Weltgeschichte diesem Mord, einzig das Golgatha der ersten Christen ist damit vergleichbar... Hier stehen wir wie die Familie, die Jünger Jesu auf Golgatha. Hier ist unser Golgatha.“ So klang es aus der Rede am Grabe. Und in der Tat! Den Leidensweg, den Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durchgemessen haben bis zu ihrem schrecklichen Ende, er findet keine bessere Parallele als das Märtyrertum der ersten Christen.

Weiter wird hier auch noch berichtet, ein Redner habe gesagt: „Von diesem Ort wird die Erneuerung der Welt ausgehen (!).“

Erleichterung des Geldverkehrs linksrheinisch-rechtsrheinisch.

Mainz, 18. Juni. Nach einer Mitteilung von postamtlicher Seite sind mit sofortiger Wirkung in der Verbindung von Geldbeträgen aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte Deutschland Erleichterungen dahin eingetreten, daß künftig Postanweisungen bis zum Einzelbetrag von hundert Mark ohne weitere Kontrolle zugelassen sind und eine Bescheinigung über den Grund der Zahlung nicht mehr bedürfen. Bisher war der Höchstbetrag für kontrollfreie Postanweisungen auf 50 M festgelegt. Die Neuierung bezieht sich aber lediglich auf Postanweisungen, nicht auch auf Zahlkarten und Postchecks, für welche die Bestimmungen unverändert bleiben.

Die Kohlenpreiserhöhungen nicht genehmigt.

Berlin, 18. Juni. Wie bereits angekündigt, hat das Reichswirtschaftsministerium die von der letzten Zechenbesitzerversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats beschlossene Erhöhung der Preise für Kohlen und Koks um 15 Mark für die Tonne nicht genehmigt. Es hat vielmehr eine neue Höchstpreisverordnung erlassen, durch die bestimmt wird, daß die am 1. Juni in Geltung gewesenen Verkaufspreise um höchstens 5 Mark für die Tonne Steinkohlen und um 7 Mark für die Tonne Koks (ohne Steuer) überschritten werden dürfen.

Turnerisches aus dem Mittelrheintreife.

Der Turnverein Braunsfels feierte am Sonntag, den 15. Juni, sein 25jähriges Bestehen. Anlässlich der Feier dieses Jubiläums wurde auch eine Reihe sportlicher Wettkämpfe abgehalten.

Am verflossenen Sonntag hatte sich in Frankfurt a. M. die Kreisleitung vom Mittelrheinturnkreis zu einer Beratung zusammengefunden. Eine genaue Angabe über den Mitgliederstand des Mittelrheintreifes kann zurzeit, da einer großen Anzahl von Turngauen nicht möglich ist, Bestandserhebungen vorzunehmen, nicht gemacht werden und beschloß die Kreisleitung die Berechnung der Kreissteuer u. Wahl der Abgeordneten zum Deutschen Turntag in Erfurt nach dem Bestand vom 1. Januar 1918 vorzunehmen. Da der deutsche Turntag, zu dem der Mittelrheintreis dann 43 Vertreter zu wählen hat, Ende September oder Anfang Oktober stattfinden soll, soll der Kreistag einige Wochen früher in dem schon dazu bestimmten Offenbach abgehalten werden.

Gauturntag des Gauess Hesse.

Wehlar, 17. Juni. Am 1. Juni fand der diesjährige Gauturntag des Gauess Hesse in Gießen statt. Die umfangreiche Tagesordnung wurde in fünfstündiger Sitzung erledigt. — Die erstatteten Berichte ergaben, daß man im ganzen Gau, einem der größten Deutschlands, schon wieder eifrig an der Arbeit ist, die Folgen des Krieges auszumergen und am körperlichen und moralischen Aufbau des Volkes, wie seit Jahrhunderten, mitzuwirken. In dieser Richtung bewegte sich auch ein Antrag des Turnvereins Wehlar, der ausführlich von seinem Vorsitzenden begründet, einstimmige Annahme fand: Der Gautag wolle beschließen, durch Vermittelung der Kreis-Vertretung des Mittelrhein-Kreises, an die deutsche Turnerschaft den Antrag zu stellen, daß die deutsche Turnerschaft jetzt bei den veränderten staatlichen Verhältnissen ihre ganze Aufmerksamkeit darauf richtet, daß bei allen staatlichen Maßnahmen in der Jugendpflege die deutsche Turnerschaft die Berücksichtigung findet, die ihr auf Grund ihres Alters, ihres Größe und ihrer Leistungen auf diesem Gebiete zukommt, daß sie als berufen zur körperlichen und moralischen Ausbildung der Jugend staatlich anerkannt wird und Förderung findet. Ende Juli oder Anfang August soll — diesmal noch einmal in Gießen — ein Gauwetturn ohne Vergnügungsveranstaltungen, abgehalten werden.

Amliche Bekanntmachungen.

Durch die Zeitungen machen sich jetzt viele Stellen er-
bötigt, gegen Entgelt Zusammenstellungen von Vermissten
in Bahnhofsverwaltungen, Verwaltungen, Banken, Friseurge-
schäften usw. zum Ausliegen zu bringen, mit der Begrün-
dung, daß hierdurch die Auslieferung von Vermissten er-
folgen würde.

Da diesen Firmen nicht das ausreichende Material zur
Verfügung stehen kann, um allen Anforderungen auf Nach-
forschung nach Vermissten pp. gerecht zu werden, anderer-
seits von den Angehörigen Geldbeträge für die Auskünfte
gefordert werden, so sieht sich das Zentral-Nachweise-Büro
des Kriegsministeriums im Interesse des Publikums veran-
laßt, darauf hinzuweisen, daß das Zentral-Nachweise-Büro
des Kriegsministeriums, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße
48, welchem das gesamte amtliche Material an Hilfsmit-
teln für Nachforschungen zur Verfügung steht, alle diese
unentgeltlich macht.

Jedem steht es daher nach wie vor frei, sich unmittel-
bar an das Zentral-Nachweise-Büro in Berlin, Ge-
fangenen- usw. Angelegenheiten zu wenden.

St. Goarshausen, den 16. Juni 1919.

Der Landrat: J. B. Baun.

Die Liste der zu der Ärztekammer der Provinz Hessen-
Nassau wahlberechtigten approbierten Ärzte im Regier-
ungsbezirk Wiesbaden liegt von heute ab bis zum 1. Juli
d. J. zur Einsicht der Herren Ärzte im Dienstzimmer Nr.
3 des Landratsamtes offen.

St. Goarshausen, den 17. Juni 1919.

Der Landrat: J. B. Riedhöner.

Die am 31. Mai d. J. in den Distrikten Schlage 10b
und 71 und Jungmannsloch 104a abgehaltene Polizeiver-
sammlung ist genehmigt worden.

Oberlahnstein, den 18. Juni 1919.

Der Magistrat.

Einladung zur Stadtverordnetenversammlung

am Mittwoch, den 26. Juni, nachmittags 5 Uhr

im Rathauskeller.

Agenda-Ordnung:

1. Einführung und Verpflichtung des kommissarischen
Bürgermeisters.
2. An- und Verkauf von Grundstücken.
3. Polizeistatistik.
4. Freilegung und Ausbau der verlängerten Adolfstraße.
5. Mitteilungen.
6. Geheime Sitzung.

Oberlahnstein, den 17. Juni 1919.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung:

Dr. Dand.

Verdingung.

Zur Erweiterung der Kanalisation in Osterpai
werden am Freitag, den 27. Juni 1919, vormittags
10^{1/2} Uhr in meinem Amtszimmer öffentlich vergeben:

1. Frei Bahnwagen Bahnhof Osterpai anzuliefern
1. 138 lde in Cementrohre von 30 cm l. B.,
2. 34 40
3. 6 Stück Cementbeton-Einfallschächte von 60 cm
l. B. u. 1,0 m Höhe,
4. 2 Stück Cementbeton-Einfallschächte von 80 cm
l. B. u. 1,50 m Höhe,
mit Conus von 80/60 cm l. B.
5. 7 Stück gußeiserne Schachttrahmen mit Rost u.
Kopfeisen für runde Schächte von 60 cm l. B.,
6. 1 Stück gußeiserne Schachttrahmen mit Rost für
hochbord. „System Henning“ für runden Schacht
von 60 cm l. B.,
7. 6 cbm zugestrichene Rinnenpflastersteine aus Ba-
salt oder Melaphyr von 14—16 cm Höhe, 16
bis 18 cm Länge und 10—12 cm Breite,
8. 38 cbm Rheinbaggerland zum Rinnenpflaster,
9. 172 lde in Cementrohre von 30 u. 40 cm l. B.
zu verlegen,
10. 8 Stück Einfallschächte von 60 u. 80 cm l. B.
zu versehen,
11. 125 qm Rinnenpflaster herzustellen.
12. Die Anfuhr der obengenannten Baustoffe vom Bahn-
hof Osterpai zur Baustelle.

Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht.

Osterpai, den 17. Juni 1919.

Der Bürgermeister, Rindsführer.

la Bohnen-Kaffee

gebr. per Pfund 13,50 Mark

A. Straub Diex a. d. Lahn.

Einige ältere, selbständig arbeitende

Schlosser

für sofort gesucht

Drahtwerke Niederlahnstein.

3-4 Zimmerwohnung

nebst Zubehör zum 1. Oktbr.

von jung. Ehepaar in Nieder-

ob. Oberlahnstein gesucht.

Offerten unt. Nr. 999 an

die Geschäftsstelle d. Bl.

Neuer, moderner

weißer Waschkoch

zu verkaufen.

1001) Nrh. i. d. Geschäftsst.

Neuer, noch nicht getragener

Anzug

für 15 bis 17 jährigen Jungen

preiswert zu verkaufen.

1047) Nrh. i. d. Geschäftsst.

Fall neuer

Leder-Herrnhandschuh

auf dem Wege von Westfalen bis

Labradur verloren. Nieder-

bringer erhält Belohnung.

1130) Westfalen 6, 1. Stage.

Statt besonderer Anzeige.

Heute Donnerstag morgen 1/5 Uhr verschied sanft nach
langem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden,
versehen mit den heiligen Sterbesakramenten unsere liebe
treue Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Gräulein Anna Trief

Mitglied der St. Antonius-Bruderschaft.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Oberlahnstein, Dresden, Antwerpen.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 21. Juni 1919,
nachmittags 3^{1/2} Uhr, vom Sterbehause Mittelstraße 44 aus
statt. Das Traueramt wird am Montag, den 23. Juni, mor-
gens 6^{1/2} Uhr abgehalten.

Von Beileidsbesuchen wird höflich gebeten abgesehen.

Marmelade

Pfund 1,85 Mk. empfiehlt

Edwig Kehler, Wm.

gegenüber der lat. Kirche. (1038)

Kirschen

werden nur abends zwischen

7 und 9 Uhr abgegeben.

Landmann

(1032) alte Weilerstraße.

Rhabarber

Preis frisch zu haben

(1027) Dinkelschlagstraße 13.

Maurer

gesucht

Baugesellschaft J. W. Sauer,

Niederlahnstein.

Metallformer

und Gießer

für dauernde Arbeit gesucht

Fabrik Kehler, D.-Lahnstein.

Suche für sofort gegen hohen

Lohn ein

ordentl. Mädchen

oder einfach. Fräulein,

welches lochen kann, evtl. auch

als Haushälterin.

Frau Direktor Hirsch,

Historischen, Oberlahnstein.

Braves Mädchen

für alle Hausarbeit zum 1.

Juli gesucht.

Niederlahnstein,

(1010) Annasstraße 2

Tüchtig. Mädchen

gegen hohen Lohn per sofort

gesucht.

Arthur Landsberg, Nordallee 2

Oberlahnstein. (10-0)

Stundenfrau

gesucht.

(1026) Näheres i. d. Geschäftsstelle.

Ein guterhaltener Kinder-

Gig- und Piegewagen

mit Gummibereifung u. e. f. neuer

Nickel-Bügelisen

zu verkaufen.

(1028) Niederlahnstein, Emserstr. 19

2 guterhalt. Dosen,

10 Bände „Gartenlaube“

3. Ausgabe 1861/71,

2 Koblenzberger

für Schneiderrinnen zu verkaufen

W. f. d. Geschäftsstelle (1029)

Schreibmaschine

mehrere Arten,

System Gabelsberger

oder Stolze-Schrey.

einfache, doppelte

u. amerikanische Art,

einschl. Abschluss

lehrt gründlich und gewissenhaft

Franz Hesse

Bücher-Revisor und gepr. Stenographielehrer,

Coblenz. Hohenzollernstraße 9b. Coblenz.

Seit fast 25 Jahren Unterrichtsleiter in Stenographie

und im Besitze von vielen Zeugnissen über erfolg-

reiche stenographische Tätigkeit, wie auch über erfolg-

reiche Bücher-Revisionen. (800)

Jetzt schon gebe man Auftrag

zur Herstellung

elektrischer Licht-Anlagen

auf Erweiterungen und Aenderungen solcher An-

lagen für die kommende

Winterzeit.

Mit dem Monat August werden die Tage schon

bedeutend kürzer.

Conrad Mayr, Hofl. Coblenz, Schloßstr. 18/20.

Elektrotechnisches Geschäft.

Zugelassen bei allen Elektrizitätswerken.

— Man achte genau auf die Firma. — (930)

Sensen- und Sensenbäume,

Sensenringe, Wehsteine,

Schlotterfässer, Sichel,

Spaten, Heu- und Düngegabeln

empfehlen in größter Auswahl und zu billigen Preisen

E. Knoche, Nastätten

am Rathaus, früher Weismühle. (1043)

Empfehle

Kinder-Stroh- u. Basthüte

für kleinere Mädchen und Knaben in hübschen For-

men und guten Qualitäten von 2.40 bis 5.— Mk. per

Stück

Rudolf Neuhaus, Braubach.

Schafwolle

kauft zu enorm hohen Preisen, ferner

Stricklampen, Lumpen, altes Eisen und Metalle

Albert Rosenthal, Nassau a. d. Lahn. (979)

Josef Howel,

Beerdigungsinstitut.

N.-Lahnstein, Kirchstraße



— Trauerdecoration —
Nebnahme ganzer Beerdigungen
Transporte nach u. von Auswärts

Zum Verkauf

von Butter, Fett, Marmelade,

Honig usw., empfehle

fettreiche Dosen

für 1 Pfund Inhalt nebst

Deckelschachtel

das Stück zu 25 Pfg. und

10 Stück zu 2.— Mk.

Papiergeschäft

Ed. Schickel

Spezialist

f. Bruchleidende

Georg Rohr

Bandagist

COBLENZ

Leutengasse 8.

Bruchbänder

Leibbinden etc.

jedes System, für alle

selbst die schwersten Fälle

unter Garantie.

Fachmännische und Damen-

bedienung.

Illustrierte Preislisten fr.

Krankenkassen bed. Rabatt.

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Geöffnet von 9 bis 6 Uhr